

N I E D E R S C H R I F T

zum öffentlichen Teil

der 5. Sitzung des Ausschusses für Petitionen und Bürgerbeteiligung (P/005/2020)

am Mittwoch, 5. Februar 2020,

16:00 Uhr

**im Neuen Rathaus, Beratungsraum 3, 3. Etage, Raum 13,
Dr.-Külz-Ring 19, 01067 Dresden**

Beginn der Sitzung: 16:00 Uhr
Ende der Sitzung: 17:40 Uhr

Anwesend:

Stellvertretende/-r Vorsitzende/-r
Annekatriin Klepsch

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Kati Bischoffberger
Andrea Mühle
Anja Osiander
Robert Schlick

CDU-Fraktion
Manuela Graul
Steffen Kaden

Fraktion DIE LINKE.
Anja Apel
Christopher Colditz (bis 17:00 Uhr)
Caroline Lentz

Stellvertretende Mitglieder
Ingo Flemming Vertretung für Frau Anke Wagner

Fraktion Alternative für Deutschland
Harald Gilke
Heiko Müller
Christian Pinkert

SPD-Fraktion
Vincent Drews

FDP-Fraktion
Robert Malorny

Fraktion Freie Wähler Dresden
Susanne Dagen (bis 17:20 Uhr)

Stellvertretende Mitglieder
Tilo Kießling Vertretung für Herrn Christopher Colditz (ab 17:00 Uhr)

T A G E S O R D N U N G

nicht öffentlich

- 1** Sachstandsbericht P0001/19, Unterschriftensammlung Brief zum Radverkehr entlang der Königsbrücker Straße

öffentlich

- | | | |
|-----------|---|----------------------------------|
| 2 | Petition "Unterschriftensammlung Brief zum Radverkehr entlang der Königsbrücker Straße" | P0001/19
beschließend |
| 3 | Anzahl und Ort von Wahlplakaten | P0003/19
beschließend |
| 4 | Dresden-Pass für Familien mit Mindestlohn | P0004/19
beschließend |
| 5 | Fahrradspur/Radweg übers Blaue Wunder | P0005/20
beschließend |
| 6 | Radverkehrsverbindung Bürgerstraße - Großenhainer Straße | P0006/20
beschließend |
| 7 | Für jedes Kind kostenloses Schulessen | P0007/20
beschließend |
| 8 | Anwohnerparken im Bereich Altstadt | P0008/20
beschließend |
| 9 | Sicheres Radfahren von Coschütz in die Innenstadt | P0009/20
beschließend |
| 10 | Verbot mit Autos in der Stadt Dresden zu fahren | P0010/20
beschließend |

nicht öffentlich

- 11** Posteingang - Zuständigkeit Ausschuss für Petitionen und Bürgerbeteiligung

- | | | |
|-------------|--------------------------------|--|
| 11.1 | Grüne Haltestellen für Dresden | P0012/20
1. Lesung
(beschließendes
Gremium) |
|-------------|--------------------------------|--|

11.2 Petition gegen Nutzungskonzept für die Robotron-Kantine

P0013/20
1. Lesung
(beschließendes
Gremium)

12 Posteingang - Ausschuss für Petitionen und Bürgerbeteiligung zur Kenntnis

13 Sonstiges

öffentlich

Frau Zweite Bürgermeisterin Klepsch stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses für Petitionen und Bürgerbeteiligung sowie die form- und fristgemäße Ladung des Gremiums fest.

Zur Tagesordnung fragt **Herr Stadtrat Drews** nach dem Hintergrund, warum der Tagesordnungspunkt „Anhörung“ nun „Sachstandsbericht“ heißt und ob dies inhaltliche Auswirkungen habe.

Das verneint **Frau Richter**. Man habe sich im Bereich Stadtratsangelegenheiten zum Thema Abgrenzung einer öffentlichen Anhörung des Stadtrates und einer nichtöffentlichen Anhörung der Verwaltung und geladener Gäste in diesem Ausschuss verständigt. Im Ergebnis sei entschieden worden, die nichtöffentliche „Anhörung“ in „Sachstandsbericht“ zu ändern.

Frau Stadträtin Bischoffberger unterstützt die neue Bezeichnung, damit verwaltungsseitig auch ein Sachstandsbericht gegeben werde.

Der Ausschuss tauscht sich zum Thema „Sachstandsbericht“ aus. **Frau Zweite Bürgermeisterin Klepsch** gibt zu bedenken, dass ein schriftlicher Sachstandsbericht verwaltungsintern einen höheren Arbeitsaufwand erzeuge, der von mehreren Vorgesetzten abgezeichnet werden müsse.

Frau Stadträtin Bischoffberger spricht für eine schriftliche Stellungnahme, um den Mitgliedern die Vorbereitung der Sitzung zu unterstützen.

Frau Zweite Bürgermeisterin Klepsch unterbereitet den Vorschlag, dass der Ausschuss bei der Entscheidung über einen Sachstandsbericht/eine nichtöffentliche Anhörung festlegen müsse, ob im Vorfeld ein schriftlicher Sachstandsbericht vorgelegt werden müsse.

Herrn Stadtrat Kaden ist es wichtig, dass sich der Ausschuss gemeinsam mit der Verwaltung im persönlichen Gespräch austausche. Einen schriftlichen Bericht hält er nicht für nötig. Wenn bestimmte Themen oder Fragen offengeblieben seien, könnten im Nachgang diesbezüglich Informationen nachgereicht werden. Mit diesem Prozedere habe man bisher gute Erfahrungen gemacht.

Frau Zweite Bürgermeisterin Klepsch bittet Frau Richter, die Überlegungen mitzunehmen.

Zur Tagesordnung selbst teilt sie mit, dass zu den Tagesordnungspunkten TOP 5, 6, 8, 9 und 10 noch keine Stellungnahmen der Verwaltung vorliegen.

Zur Tagesordnung besteht Einvernehmen. Der Ausschuss tritt zunächst in die nichtöffentliche Tagesordnung ein. Im Anschluss setzt er die Beratung mit Tagesordnungspunkt 2 fort.

2 **Petition "Unterschriftensammlung Brief zum Radverkehr entlang der Königsbrücker Straße"**

**P0001/19
beschließend**

Frau Zweite Bürgermeisterin Klepsch stellt die Öffentlichkeit her.

Frau Stadträtin Bischoffberger beantragt im Ergebnis der vorangegangenen nichtöffentlichen Anhörung eine dreiminütige Auszeit. Diese findet einstimmig Zustimmung.

Danach würdigt sie, dass das Straßen- und Tiefbauamt bereits an der Behebung der Schwierigkeiten arbeite und mögliche Lösungsmöglichkeiten untersuche.

Sie beantragt:

„Die Petition wird vertagt.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, den Ausschuss für Petitionen und Bürgerbeteiligung in seiner Sitzung am 1. Juli 2020 über die Prüfergebnisse bezüglich der sicheren Einordnung von Radverkehrsanlagen im Bereich Königsbrücker Straße Nord zwischen S-Bahn-Haltepunkt Industriegelände und Stauffenbergallee zu informieren. Dazu soll das Straßen- und Tiefbauamt im Ausschuss berichten.

Die Situation auf der Königsbrücker Straße in Höhe S-Bahn-Haltepunkt Industriegelände soll prioritär behandelt werden. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, eine Lösung bis Ende des 2. Quartales 2020 zu finden und umzusetzen.“

Frau Zweite Bürgermeisterin Klepsch bringt den Antrag zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: Vertagung
Ja 16 Nein 0 Enthaltung 0

3 Anzahl und Ort von Wahlplakaten

**P0003/19
beschließend**

Herr Stadtrat Drews fasst zusammen, die Petition befasse sich mit der Anzahl der Wahlplakate und ob diese an Bäumen angebracht werden dürfen. Den Grundgedanken kann er verstehen.

Er beantragt:

„Der Petition wird abgeholfen.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, eine Novellierung der Sondernutzungssatzung für Wahlwerbemittel zu erstellen, die das Plakatieren an Bäumen untersagt und eine Regelung enthält, die Wahlplakate pro Laternenmast auf maximal ein Plakat pro Wahlvorschlag beschränkt bzw. alternative Vorschläge unterbreitet.“

Herr Stadtrat Malorny gibt zu bedenken, dass alle Parteien meist Kopfplakate und Themenplakate haben. In einigen Straßenzügen stehen nur wenige Masten zur Verfügung, sodass dort an einem Mast mehr Wahlplakate angebracht werden. Tatsächlich gebe es Straßenzüge, die in großer Anzahl von einer Partei bestückt seien. Er verweist auf Regelungen in anderen Landkreisen, z. B. Meißen. Die Regelungen seien dort sehr komplex, und dennoch werde sich nicht daran gehalten. Es sei mit einem erheblichen Verwaltungsaufwand verbunden, das zu kontrollieren. Bäume von der Wahlplakatierung auszuschließen, sei vorstellbar. Aber weitere Reglementierung

gen sieht er als schwierig an und spricht dagegen. Schon jetzt gebe es genügend rechtswidrig aufgehängte Plakate, was durch weitere Regelungen nicht verbessert werde.

Frau Zweite Bürgermeisterin Klepsch weist darauf hin, dass eine Satzungsänderung sowieso die Gremien des Stadtrates durchlaufe und dort dann über Details debattiert werden könne.

Herr Stadtrat Gilke verweist auf bayrische Gemeinden, wo ausschließlich an einer Wand pro Wahlvorschlag ein Plakat präsentiert werde, was er unterstütze.

Er spricht gegen das Begrenzen der Anzahl der Wahlplakate. Schon jetzt wäre zu beobachten, dass Wahlplakate abgenommen werden und nach der Wahl wieder aufgehängt werden, um der Partei finanziell zu schaden, da die Kosten der Beseitigung in Rechnung gestellt werden. Daher vermutet er, dass bei einer Reglementierung pro Mast mit demselben Ziel möglicherweise Wahlplakate umgehungen werden.

Herr Stadtrat Drews betont, dass er gegen eine allgemeine Plakatzahlbegrenzung sei. Er geht davon aus, dass sein Vorschlag den Kontrollaufwand nicht erhöhe. Bereits die bestehende Satzung enthalte diverse Regelungen. Er ist sich bewusst, dass die Kapazitäten der Kontrolle begrenzt seien. Dies sei schon jetzt so. Die vorgeschlagenen Regelungen änderten daran nichts. Er beantragt punktweise Abstimmung.

Frau Zweite Bürgermeisterin Klepsch unterbreitet den Vorschlag, die Verwaltung mit einer Satzungsneuerung zu beauftragen, die verschiedene Varianten abbilde und nicht die Diskussion vorwegzunehmen.

Herr Stadtrat Kaden empfiehlt, dem Petenten mitzuteilen, dass der Petition nicht abgeholfen werden könne. Er hinterfragt, ob die Stimme des Petenten die Mehrheit repräsentiere. Ihm sei das nicht bekannt. Er beschreibt die Praxis aus seiner Sicht. So hängen seine Wahlplakate nicht an Bäumen und es gebe eine Plakatpflege. Insofern sollte sich jeder präsentieren, wie er es für richtig halte. Möglicherweise bilde sich das dann auch beim Wahlergebnis ab. Weitere Regeln brauche es nach seiner Auffassung nicht. Ansonsten gäbe es mehr Regelungen, gegen die verstoßen werden könne.

Frau Stadträtin Mühle spricht für einen Verwaltungsvorschlag, die Satzung unter dem Gesichtspunkt der Reduzierung der Menge der Wahlplakate unter Beachtung der Chancengleichheit zu überarbeiten. Sie habe zahlreiche Rückmeldungen erhalten, dass zu viel plakatiert worden sei. Aus Gründen wie Naturschutz, Verkehrssicherheit und Ressourcenschutz unterstützt sie die Reglementierung.

Frau Stadträtin Bischoffberger und Herr Stadtrat Colditz vertreten die gleiche Meinung. Herr Stadtrat Colditz meint, der Petition könne durchaus abgeholfen werden, weil der Stadtrat die Grundlage, also die Satzung, beschließe.

Frau Zweite Bürgermeisterin Klepsch schließt aus dem Wortlaut der Petition, dass der Petent die grundsätzliche Regelung offenbar nicht kenne. Er begehrt, dass überhaupt eine Regelung zustande komme. Insofern wäre der Petition abgeholfen, weil es eine Regelung gebe. Darüber hinaus habe der Petent konkrete Vorschläge.

In der weiteren Diskussion tauscht sich der Ausschuss zu den grundsätzlichen Formalien aus, wann einer Petition abgeholfen, teilweise abgeholfen und nicht abgeholfen sei.

Frau Zweite Bürgermeisterin Klepsch stellt den Antrag von Herrn Stadtrat Drews zur Abstimmung:

„Der Petition wird abgeholfen.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, eine Novellierung der Sondernutzungssatzung für Wahlwerbemittel zu erstellen, die das Plakatieren an Bäumen untersagt und eine Regelung enthält, die Wahlplakate pro Laternenmast auf maximal ein Plakat pro Wahlvorschlag beschränkt bzw. alternative Vorschläge unterbreitet.“

Abstimmungsergebnis: Ablehnung
Ja 8 Nein 8 Enthaltung 0

Frau Zweite Bürgermeisterin Klepsch stellt fest:

„Der Petition kann nicht abgeholfen werden.“

Abstimmungsergebnis: Ablehnung
Ja 8 Nein 8 Enthaltung 0

Frau Zweite Bürgermeisterin Klepsch berichtet, dass sie sich mit Herrn Tostmann verständigt habe. An dieser Stelle bestehe die Möglichkeit, die Angelegenheit in den Stadtrat zu heben.

Herr Stadtrat Kaden konstatiert, mit der Ablehnung des Auftrages zur Satzungs novellierung könne der Petition nicht abgeholfen werden. Es hätte seiner Auffassung nach keiner Abstimmung bedurft, weil das die logische Folge sei.

Herr Stadtrat Drews erinnert sich, dass diese Diskussion bereits kürzlich in dem Ausschuss geführt worden sei. Für die Schlussfolgerung, dass das Gegenteil eintrete, wenn ein Antrag keine Mehrheit finde, gebe es keinen Automatismus. Der Verwaltung sei hierzu ein Prüfauftrag erteilt worden, wie zu verfahren sei.

Frau Zweite Bürgermeisterin Klepsch stellt fest, dass der Ausschuss für Petitionen und Bürgerbeteiligung mit einem Abstimmungsergebnis von 8 Ja- und 8 Nein- Stimmen zu keiner abschließenden mehrheitlichen Position gekommen sei. Der Petent werde entsprechend informiert, dass es keine Mehrheit dafür gebe, die bestehende Satzung entsprechend zu novellieren. Es existiere jedoch bereits eine Satzung, sodass es Regularien seitens der Landeshauptstadt Dresden gebe, das Anbringen von Wahlplakaten stadträumlich zu beschränken, jedoch nicht quantitativ.

Beschluss:

Der Petition kann nicht abgeholfen werden.

Der Antrag auf Novellierung der Sondernutzungssatzung für Wahlwerbemittel im Sinne der Beschränkung der Wahlplakate auf Ort und Anzahl wurde durch den Ausschuss für Petitionen und Bürgerbeteiligung abgelehnt.

4 Dresden-Pass für Familien mit Mindestlohn**P0004/19
beschließend**

Frau Stadträtin Lenz unterbreitet folgenden Beschlussvorschlag:

„Der Petition ist mit dem Stadtratsbeschluss V3150/19, Änderung und Neufassung der Richtlinie zur Gewährung des Dresden-Passes für Einwohnerinnen und Einwohner der Landeshauptstadt Dresden mit geringem Einkommen – Erweiterung des anspruchsberechtigten Personenkreises und des Leistungsumfanges, teilweise abgeholfen.“

Dem Petenten solle inhaltlich die Stellungnahme der Verwaltung übermittelt werden, wo dargelegt sei, dass nicht alle Personen mit Mindestlohn zum Kreis der Anspruchsberechtigten zählen.

Frau Zweite Bürgermeisterin Klepsch stellt den Antrag zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Petition ist mit dem Stadtratsbeschluss V3150/19, Änderung und Neufassung der Richtlinie zur Gewährung des Dresden-Passes für Einwohnerinnen und Einwohner der Landeshauptstadt Dresden mit geringem Einkommen – Erweiterung des anspruchsberechtigten Personenkreises und des Leistungsumfanges, teilweise abgeholfen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung
Ja 15 Nein 0 Enthaltung 0

5 Fahrradspur/Radweg übers Blaue Wunder**P0005/20
beschließend**

Frau Stadträtin Mühle stellt fest, die Verkehrsführung über das Blaue Wunder sei schon mehrfach in den Gremien und dem Stadtrat diskutiert worden, auch im Zusammenhang mit der Baumaßnahme.

In Vorbereitung der nächsten Ausschusssitzung bittet sie zu prüfen, ob es möglich sei, eine Spur des dreispurigen Blauen Wunders mindestens für die Zeit der Baumaßnahme für den beidseitigen Radverkehr zu nutzen.

Herr Stadtrat Kaden verweist auf die neue Situation, dass die Finanzierung ungesichert sei. Daher stehe die grundsätzliche Frage, wie die Baumaßnahme fortgesetzt werde. Die Führung des Radverkehrs während des Baus sei nach seiner Erinnerung gelöst gewesen.

Frau Zweite Bürgermeisterin Klepsch hält folgende Frage und Bitte an die Verwaltung fest:

1. Ist es möglich, mindestens während der Baumaßnahme, eine der drei Fahrspuren des Blauen Wunders für den beidseitigen Radverkehr zu nutzen? Wenn nein, wird um Information zur Führung des Radverkehrs in dieser Zeit gebeten.
2. Es wird um einen aktuellen Zeitplan der Baumaßnahme des Blauen Wunders gebeten.

Zuständig: Geschäftsbereich Stadtentwicklung, Bau, Verkehr und Liegenschaften

Die Petition wird einvernehmlich durch den Ausschuss für Petitionen und Bürgerbeteiligung vertagt, da die Verwaltungsstellungnahme noch nicht vorliegt.

6 Radverkehrsverbindung Bürgerstraße - Großenhainer Straße

P0006/20
beschließend

Frau Stadträtin Bischoffberger beantragt einen Sachstandsbericht/eine Nichtöffentliche Anhörung des Straßen- und Tiefbauamtes, Stadtplanungsamtes sowie der Verwaltung. Sie wünscht sich, dass die Verwaltung optisch die Situation im Bereich Harkortstraße zwischen Bürgerstraße/Moritzburger Straße und Fritz-Reuter-Straße/Großenhainer Straße darstellt.

Herr Pinkert beantragt, auch den ADFC e. V. dazu einzuladen. Er verweist auf das Radwegekonzept, wo in den Punkten 741 und 742 Maßnahmen in dem Bereich vorgesehen seien. Die Verwaltung soll Auskunft geben, wie weit dort die Umsetzung vorangekommen sowie wie hoch die Zahl der Radfahrer in dem Bereich sei, da der Petent auf die Anfahrten der Schüler zum Schulcampus Pieschen verweist. Eine Verkehrszählung auf der Harkortstraße und Erfurter Straße wäre wünschenswert.

Frau Zweite Bürgermeisterin Klepsch fasst zusammen:

1. Der Ausschuss für Petitionen und Bürgerbeteiligung vertagt die Petition, da die Verwaltungsstellungnahme noch nicht vorliegt.
2. Der Ausschuss für Petitionen und Bürgerbeteiligung beschließt die Durchführung eines Sachstandsberichts/Nichtöffentliche Anhörung unter Einbeziehung der Petenten, des Straßen- und Tiefbauamtes sowie des ADFC e. V. in der nächsten Sitzung.
3. Dazu wünscht der Ausschuss die optische Darstellung der aktuellen Situation Harkortstraße zwischen Bürgerstraße/Moritzburger Straße und Fritz-Reuter-Straße/Großenhainer Straße zur Sitzung.

4. Des Weiteren wird der Oberbürgermeister gebeten, Auskunft zum Stand der Umsetzung der Punkte 741 und 742 des Radwegekonzeptes sowie zum Aufkommen der Radfahrer in dem Bereich zu geben (ggf. Daten einer Verkehrszählung auf der Harkortstraße und Erfurter Straße).

Abstimmungsergebnis: Vertagung
Ja 16 Nein 0 Enthaltung 0

7 Für jedes Kind kostenloses Schulessen

**P0007/20
beschließend**

Frau Stadträtin Lenz bringt folgenden Beschlussvorschlag ein:

„Der Petition kann nicht abgeholfen werden, da im Haushalt keine Mittel dafür vorgesehen sind.

Gleichzeitig wird der Oberbürgermeister gebeten zu ermitteln, was es kosten würde, wenn alle Schülerinnen und Schüler kostenfreies Schulessen bekommen würden.“

Herr Stadtrat Pinkert kann verstehen, dass es für Eltern, die knapp aus der Wohngeldbezuschussung herausfielen, schwierig sei, das Schulessen zu finanzieren. Er gehe in Dresden von 47.500 Schulkindern aus. Angenommen 15 % der Schulessen würden über das Bildungspaket finanziert, blieben 85 % der Kinder, deren Essen finanziert werden müsste. Bei angenommenen Kosten von 3,50 Euro pro Essen kämen Kosten von etwa 28 Mio. Euro auf die Stadt zu.

Er bittet die Verwaltung zu ermitteln, welche Kosten bei einer Teilübernahme von 1 Euro und für 2 Euro sowie bei einer Vollübernahme des Schulessens auf die Stadt zukämen.

Frau Zweite Bürgermeisterin Klepsch bringt den Antrag von Frau Stadträtin Lenz punktweise zur Abstimmung:

1. Der Petition kann nicht abgeholfen werden, da im Haushalt keine Mittel dafür vorgesehen sind.

Abstimmungsergebnis: Zustimmung 15 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltung

2. Gleichzeitig wird der Oberbürgermeister um schriftliche Zuarbeit gebeten, was es haushalterisch bedeuten würde, wenn alle schulpflichtigen Schülerinnen und Schüler kostenfreies Schulessen bekommen würden bzw. eine Teilübernahme von einem und von zwei Euro pro Essen.“

Abstimmungsergebnis: Zustimmung 14 Ja / 0 Nein / 1 Enthaltung

3. Der Petition kann nicht abgeholfen werden, da im Haushalt keine Mittel dafür vorgesehen sind.

Abstimmungsergebnis: Zustimmung 15 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltung

4. Gleichzeitig wird der Oberbürgermeister um schriftliche Zuarbeit gebeten, was es haushalterisch bedeuten würde, wenn alle schulpflichtigen Schülerinnen und Schüler kostenfreies Schulessen bekommen würden bzw. eine Teilübernahme von einem und von zwei Euro pro Essen.“

Abstimmungsergebnis: Zustimmung 14 Ja / 0 Nein / 1 Enthaltung

8 Anwohnerparken im Bereich Altstadt

**P0008/20
beschließend**

Da noch keine Verwaltungsstellungnahme vorliegt, wurde die Petition zu Sitzungsbeginn vertagt.

Herr Stadtrat Malorny spricht dafür, die Stellungnahme abzuwarten, zumal seitens des Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bau, Verkehr und Liegenschaften ein Parkraumkonzept zu erarbeiten sei. Außerdem habe er zu dem Thema eine schriftliche Anfrage gestellt. Sowohl die Stellungnahme als auch die Antwort auf die schriftliche Anfrage sollen abgewartet werden.

Frau Zweite Bürgermeisterin Klepsch bringt den Antrag zur Abstimmung:

Die Petition wird vertagt, bis die Verwaltungsstellungnahme sowie die Antwort auf die schriftliche Anfrage von Herrn Stadtrat Malorny zu der Thematik vorliegen.

Abstimmungsergebnis: Vertagung Ja 15 Nein 0 Enthaltung 0

9 Sicheres Radfahren von Coschütz in die Innenstadt

**P0009/20
beschließend**

Frau Stadträtin Mühle beantragt die Vertagung der Petition, da die Verwaltungsstellungnahme noch ausstehe.

Frau Zweite Bürgermeisterin Klepsch bringt den Antrag zur Abstimmung.

Die Petition wird vertagt, da die Verwaltungsstellungnahme noch nicht vorliegt.

Abstimmungsergebnis: Vertagung Ja 15 Nein 0 Enthaltung 0

10 Verbot mit Autos in der Stadt Dresden zu fahren**P0010/20
beschließend**

Herr Stadtrat Kaden konstatiert, dass die Petition inhaltlich sehr pauschal sei. Durch die Stadt führen Straßen von regionaler und überregionaler Bedeutung. Daher sei die Forderung weder vernünftig noch formaljuristisch umsetzbar. Er sei der Meinung, dass der Petition nicht abgeholfen werden könne. Die Stellungnahme sei verzichtbar.

Frau Stadträtin Mühle geht davon aus, dass die Petentin nur die Innenstadt meine.

Herr Stadtrat Malorny bestätigt, dass der Antrag in seiner Ausführung sehr absolut sei. Er bemerkt, dass auch die Versorgungssicherheit der Bürger eine Rolle spiele. Dem Petenten sollte mitgeteilt werden, dass es von Seiten privater und öffentlicher Hand Bemühungen gebe, den Bereich Elektromobilität in der Landeshauptstadt Dresden zu stärken. Der Petition könne nicht abgeholfen werden, da sie formaljuristisch auf kommunaler Ebene nicht durchsetzbar und auch nicht sinnvoll sei.

Frau Zweite Bürgermeisterin Klepsch verweist auf die aktuelle Beschlussfassung des Stadtrates zum Klimaschutz, für den entsprechende Maßnahmen entwickelt werden sollen.

Herr Stadtrat Drews spricht dagegen, ohne Verwaltungsstellungnahme über die Petition zu entscheiden, auch wenn die Tendenz bereits klar sei. Das formale Verfahren solle eingehalten werden, um der Petentin fundiert zu antworten. Er beantragt die Vertagung der Petition.

Frau Stadträtin Mühle unterstützt den Antrag.

Herr Stadtrat Kaden folgt dem Antrag von Herrn Stadtrat Drews und zieht seinen Vorschlag zurück, heute über die Petition zu entscheiden.

Frau Zweite Bürgermeisterin Klepsch gibt den Hinweis, dass für jede Stellungnahme Personalkapazitäten gebunden werden, die dann an anderer Stelle fehlen, also auch für Themen, die begehrt werden umzusetzen. Das betreffe besonders den verkehrsplanerischen Bereich. Das sei auch die Ursache, warum so viele Stellungnahmen heute noch nicht vorliegen.

Sie bringt den Antrag auf Vertagung zur Abstimmung.

Die Petition wird vertagt, da die Verwaltungsstellungnahme noch nicht vorliegt.

Abstimmungsergebnis:

Vertagung

Ja 15 Nein 0 Enthaltung 0

Frau Zweite Bürgermeisterin Klepsch schließt den öffentlichen Sitzungsteil.

Annekatriin Klepsch
Vorsitzende

Manuela Richter
Schriftführerin

Andrea Mühle
Stadträtin

Anja Apel
Stadträtin